

23/1996

Anstoß für eine neue Ausbildungsdynamik

Zu Initiativen des Bundeskanzlers zur Verbesserung der Lage und der Perspektiven am Lehrstellenmarkt erklärte der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Anton Pfeifer:

Eine hochwertige berufliche Qualifizierung ist für die Zukunft des Standortes Deutschland von herausragender Bedeutung. Sie sichert die Produktivität der Volkswirtschaft und damit auch ihre Position im internationalen Wettbewerb. Notwendig ist deshalb, die berufliche Bildung und Weiterbildung als eine Grundlage unserer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nachhaltig zu stärken. Es kommt darauf an, vorhandene Ausbildungsbereitschaft zu unterstützen, zusätzliche zu wecken und den Anstoß für eine neue Ausbildungsdynamik in allen Bereichen unserer Wirtschaft zu setzen.

Aus diesem Grund hat der Bundeskanzler die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern sowie der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft und des Bundesverbandes der Freien Berufe in das Bundeskanzleramt eingeladen. Die Gesprächsrunden werden Anfang September stattfinden.

Im Hinblick auf die globalen wirtschaftlichen Herausforderungen, denen sich der Standort Deutschland stellen muß, ist die wachsende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen für Wirtschaft und Verwaltungen eine Chance offensiver Zukunftsgestaltung. Sie wahrzunehmen, liegt gerade auch im Interesse der Betriebe.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Zum Gedenken

Bundeskanzler Helmut Kohl: Hans Katzer hat unseren Sozialstaat in seinen Fundamenten maßgeblich mitgestaltet. Seite 5

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Ohne Frauen und Männer wie Hans Katzer hätte es weder CDU noch DGB gegeben. Seite 4-8

● Sozialdemokraten

Blick voraus im Zorn. Aufruf zu einem radikalen Neubeginn der SPD. Seite 10

● Umweltpolitik

Bundesumweltministerin Angela Merkel: Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung. Seite 20

● CDU Niedersachsen

Finanzpolitik der Vernunft – sanieren statt ruinieren. Seite 28

● Dokumentation

Erfolgreiche Zwischenbilanz der Koalition in der Innen- und Rechtspolitik.

Christlich-Demokratische Juristen setzen auf Maßnahmen konsequenter Bekämpfung der Kriminalität. Grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

be selbst. Zugleich hat die betriebliche Berufsausbildung eine gesellschaftspolitische Dimension, welche Wirtschaft und Verwaltungen mittragen und ausfüllen müssen. Die Sicherung der Ausbildungschancen der jungen Generation festigt nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern ist auch Grundlage für das Vertrauen der jungen Menschen in unsere freiheitliche und soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Erwartungen bildungswilliger junger Menschen dürfen nicht enttäuscht werden.

Hinzu kommt, daß die aktuelle Situation des Lehrstellenmarktes besondere Kraftanstrengungen aller für die Berufsausbildung Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich macht. Nach heutiger Einschätzung müssen die Anstrengungen, Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zum Ausgleich zu bringen, sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern verstärkt werden. Ziel muß bleiben, jeder jungen Frau und jedem jungen Mann, die eine Lehrstelle suchen und hierfür geeignet sind, eine betriebliche Ausbildung anbieten zu können.

Panikmache nutzt nichts

In Deutschland konnte bisher weitgehend vermieden werden, daß der Start junger Menschen in ihr Berufsleben mit Arbeitslosigkeit beginnt. Nach Luxemburg war Deutschland 1995 das Land mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit (8,1 Prozent). Der EU-Durchschnitt betrug 21 Prozent. Die höchsten Quoten hatten Spanien (42,4 Prozent), Italien (33,2 Prozent) und Finnland (29,9 Prozent). Die günstige Situation in Deutschland ist maßgeblich auf unser bewährtes duales System zurückzuführen. Jetzt müssen alle Kraftanstrengungen darauf gerichtet werden, unsere Spitzenposition bei der Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit dauerhaft zu sichern.

Neben der Wirtschaft ist auch der Staat gefordert. Auf Initiative des Bundeskanzlers erhöht der Bund einschließlich der ihm nachgeordneten Bereiche erneut sein Ausbildungsplatzangebot um mehr als 5 Prozent. Gefordert sind jetzt auch Länder und Kommunen, ihren Beitrag zur Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes zu leisten.

Panikmache zur Lage am Lehrstellenmarkt nutzt nichts und niemandem. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, daß es in gemeinsamer Anstrengung gelingen kann, in diesem wie in den kommenden Jahren einen Ausgleich am Lehrstellenmarkt zu erreichen.

Kommentar

Helmut Kohl macht Druck

130.000 Ausbildungsplätze fehlen noch kurz vor Lehrjahrsbeginn. Da wäre es fahrlässig, die Hände ruhig in den Schoß zu legen. Die Wirtschaft hat zwar versprochen, die Zahl der Ausbildungsplätze noch einmal zu erhöhen. Aber so mancher Vorstandsvorsitzende denkt nur an die Steigerung des eigenen Gewinns. Da fördert ein Brief oder ein Anruf des Kanzlers hoffentlich die Bereitschaft, bisherige negative Entscheidungen zu überdenken. Die Unternehmen, die gar nicht oder zuwenig ausbilden, wissen genau, daß sie kurzfristig handeln. Denn ohne gut ausgebildete Facharbeiter können sie eines Tages auch ihre Aktionäre nicht mehr mit der Ausschüttung satter Gewinne befriedigen. Der Kanzler sollte es jedenfalls an deutlichen Worten nicht fehlen lassen. Vielleicht können sogar konkrete Taten weiterhelfen. Von Strafaktionen gegen Ausbildungsmuffel wie eine Ausbildungsabgabe will Helmut Kohl zwar nichts wissen. Sie wäre wohl auch kontraproduktiv. Aber der Kanzler und die öffentliche Hand könnten

Auch über den kurzfristig abzusehenden Bedarf hinaus ausbilden

Gemeinsames Schreiben der Präsidenten der Bundesvereinigungen der Deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans Olaf Henkel, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Heribert Späth und des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stihl, an die Vorstandsvorsitzenden der 200 größten Unternehmen zur nachhaltigen Verbesserung der Ausbildungssituation:

Zur Zeit ist die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt noch sehr unbefriedigend. Die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit macht deutlich, daß es in Ost- und erstmals auch in Westdeutschland mehr Bewerber als angebotene Lehrstellen gibt. Allerdings werden in dieser Statistik nur die den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen erfaßt. Immer mehr Ausbildungsbetriebe verzichten jedoch auf die Meldung. Gleichwohl veranlaßt uns diese Situation, Sie noch einmal persönlich anzusprechen und zu bitten, mit allen Engagement ihre Möglichkeiten zur zusätzlichen Einstellung von Lehrlingen zu nutzen und dabei die Arbeitsämter einzuschalten.

Wir bitten Sie, bei Ihrer Personalplanung zu berücksichtigen, daß die mittelfristige demographische Entwicklung auf einen Fachkräftemangel hinausläuft. Der Lehrling von heute ist der Facharbeiter von morgen. Besonders weisen wir auf die

gesellschaftspolitische Dimension des Themas hin. Die Unternehmen in Deutschland haben eine Mitverantwortung für die Zukunft der Jugend. Jenseits aller wirtschaftlichen Daten und Trends kommt es entscheidend darauf an, allen Schulabgängern eine berufliche und soziale Perspektive zu eröffnen. Der spürbare Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit gibt Anlaß zu der Sorge, daß wir unsere bisher gute Position im europäischen Vergleich verlieren.

Deshalb ist es zur Vermeidung wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Fehlentwicklungen unbedingt erforderlich, daß die Unternehmen auch über den kurzfristig abzusehenden Bedarf hinaus ausbilden. Die Gewerkschaften haben in den Kanzlergesprächen zugesagt, nach Abschluß der Ausbildung keinen Druck zur Übernahme der zusätzlich Ausgebildeten auszuüben.

Sollte die Zahl der Jugendlichen zunehmen, die keine Lehrstelle erhalten, wird sich der politische Druck, eine neue Finanzierungsregelung einzuführen, verstärken. Die von den Gewerkschaften seit langem geforderte Ausbildungsabgabe für Betriebe, die keine oder zu wenig Ausbildungsplätze anbieten, wird zunehmend auch in den großen Parteien erörtert.

Wir bitten Sie nochmals sehr nachdrücklich, die Bedeutung des Problems richtig einzuschätzen und umgehend und angemessen zu handeln.

doch zumindest überlegen, wie sie ausbildungsfreudige Betriebe belohnen können. Bei der Bewertung eines Angebots für einen öffentlichen Auftrag könnten die Kommunen, Länder und der Bund ja vielleicht

einmal nach der Lehrlingsquote der Firma fragen. Auch bei der Bewilligung von Fördergeldern könnten Unternehmen, die anständig ausbilden, bevorzugt werden.

Stuttgarter Nachrichten, 3. August

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Ohne Frauen und Männer wie Hans Katzer hätte es weder CDU noch DGB gegeben

Die Bundesrepublik Deutschland ehrt Hans Katzer. Hans Katzer starb im Alter von 77 Jahren. Die Bundesrepublik Deutschland dankt Hans Katzer für eine Lebensleistung, die unseren Staat mitgeprägt hat.

Es ist die Bundesrepublik Deutschland, die trotz aller Mängel und Probleme mehr Freiheit und soziale Sicherheit ermöglicht, als je in unserem Lande zu Hause waren.

Das ist kein Wunder und kein Geschenk, sondern das Ergebnis der Anstrengung

Hans Katzer zum Gedenken

von vielen Frauen und Männern wie Hans Katzer, die für unseren demokratischen Staat mit Leib und Seele gearbeitet haben.

Im Vergleich mit der Vergangenheit schneidet die Gegenwart gut ab. Im Vergleich zu unseren Hoffnungen und Wünschen bleibt jede Gegenwart hinter der Zukunft zurück.

Diese Ambivalenz zeichnet die Politik aus, der sich Hans Katzer verpflichtet fühlte. Er war stolz auf Erreichtes, das er mitbewirkt hatte, und er war unzufrieden mit dem Stand der Dinge.

Arbeitslosigkeit nannte er eine Geisel der Menschheit, und sie quält uns weiter.

Anders als die Reaktionäre, die das Glück in einer vermeintlich goldenen Vergangenheit suchen, und anders als ideolo-

gische Utopisten, die alles Glück für eine erträumte Zukunft reservieren, hat Hans Katzer seine Gegenwart weder an eine nostalgische Vergangenheit noch an ein fernes Morgen verschleudert.

Hier und heute wollte er helfen und hat er geholfen, die Welt, in der wir alle Nachbarn sind, ein Stück vorwärtszubringen.

Zwischen Revolution und Erstarrung verläuft der Weg der Katzer'schen Sozialpolitik.

Die Position zwischen Revolution und Restauration ist keine Idylle, sondern ein

Aus der Rede von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm beim Staatsakt für den am 18. Juli verstorbenen Bundesminister a.D. Hans Katzer am 29. Juli im Kölner Rathaus

Kampfplatz. Das hat Hans Katzer ein Leben lang bewiesen.

Nach zwei Seiten mußte Katzer sich wehren: den einen zu links, den anderen zu rechts, den einen zu konservativ, den anderen zu progressiv. Aus so gegensätzlichen Etikettierungen ist landläufig der Stoff für schillernde Persönlich-

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Hans Katzer hat unseren Sozialstaat in seinen Fundamenten maßgeblich mitgestaltet

Zum Tode von Bundesminister a.D. Hans Katzer erklärte der Bundeskanzler und Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Helmut Kohl:

Mit großer Trauer habe ich vom Tod Hans Katzers erfahren. Mit ihm hat die Bundesrepublik Deutschland eine ihrer herausragenden Persönlichkeiten verloren. Hans Katzer hat unseren Sozialstaat in seinen Fundamenten maßgeblich mitgestaltet. Über Jahrzehnte hat er unserem Land als Parlamentarier gedient und als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung von 1965 bis 1969 Regierungsverant-

wortung getragen. Mit seinem Namen sind Errungenschaften verbunden wie Mitbestimmung und Betriebsverfassung, Vermögensbildung und Arbeitsförderung.

Als langjähriger Hauptgeschäftsführer und Vorsitzender der Christlich-DEMokratischen Arbeitnehmerschaft sowie in Führungsfunktionen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat er wesentlich den Charakter der CDU als Volkspartei mitgeprägt.

Unser Land ist Hans Katzer zu tiefem Dank verpflichtet. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

keiten gebildet. Katzer ist jedoch der Ggentyp zum schillernden Politiker. Er war aus politischem Kernholz geschnitzt. Seine Position war unverrückbar die Position des sozialen Ausgleichs.

Partnerschaft war sein sozialpolitisches Credo. Das Programm des sozialen Ausgleichs hält gleich weiten Abstand von Kapitalismus und Sozialismus und ist deshalb gestern wie heute den Anfeindungen von zwei Seiten ausgesetzt.

Katzer hat die große Idee der sozialen Partnerschaft mit Leidenschaft verteidigt. Sie ist der originäre Beitrag der christlichen Soziallehre in den großen ideologischen Kämpfen dieses Jahrhunderts.

Hans Katzer hat auf seine rheinische Weise Partnerschaft gegen eine harmo-

nisierende Verniedlichung von Interessensgegensätzen in Schutz genommen:

„Wir haben unter Partnerschaft nie verstanden, daß der Chef am 1. Mai mit der Putzfrau den Ehrenwalzer tanzt.“ (Bundestag, 31.05.1961).

Zur Partnerschaft à la Katzer gehören Mitbestimmung und Miteigentum. Deshalb ist Partnerschaft in der Katzer'schen Sozialpolitik mehr als ein gehobenes Programm der Armenspeisung oder die Reduzierung des Sozialstaates auf die Bedürftigen.

Lohnbezogene Rente heißt leistungsgerechte Rente und nicht lediglich Barmherzigkeitsalmsen aus Fürsorge.

Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft war für ihn ein Gebot der Machtverteilung, Machtverteilung ist eine Grundidee der christlichen Soziallehre.

Der Weg vom Ahlener Programm 1947 zu den Düsseldorf Leitsätzen 1949 war kein Bruch, sondern Weiterentwicklung aus Einsicht bei Wahrung des Prinzips der Machtverteilung.

Was Katzer vertrat, war nicht ein kopflöser Pragmatismus, sondern ein ideen-geprägter Realismus. Seine Bundestagsreden zum Eigentum in Arbeitnehmerhand liegen Jahrzehnte zurück. Aber sie sind noch immer (leider) aktuell.

„Die Alternative unserer Tage lautet persönliches Eigentum in Arbeitnehmerhand oder Staatskapitalismus nach östlichem Vorbild.“ (Bundestag, 12. 6. 1958)

Die Alternative heißt also nicht: kapitalistisches oder sozialistisches Eigentum, Eigentum für wenige oder für niemand. Die Antwort ist: Eigentum für alle.

Der östliche Staatskapitalismus ist zusammengebrochen. Hans Katzer hat es noch miterlebt. Vom Ziel einer breiten Streuung des Produktivkapitals sind wir jedoch noch weit entfernt. Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer gehört zum unerfüllten Programm von Ludwig Erhard und Hans Katzer.

Vielleicht ist es die angemessene Form, Hans Katzers zu gedenken, nicht den Blick zurück, sondern die Perspektive nach vorne zu wenden und die Zustandsbeschreibung zu verbinden mit den unerfüllten Forderungen aus dem Sozialprogramm von Hans Katzer. Die passive Betrachtung des Vergangenen entsprach so wieso weniger seinem politischen Naturell als der aktive Wille zur Veränderung. Deshalb wiederholen wir hier in der Gedenkstunde für Hans Katzer diese Forderung: Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Sie ist Geist von seinem Geist.

Das Lebenswerk von Hans Katzer ist nicht passé. Wir ehren ihn, wenn wir in seinem Sinne weiterarbeiten.

Die großen Gesetze, die mit dem Namen Hans Katzer verbunden bleiben, sind nicht Ausfluß versorgungsstaatlichen Verteilungsdenkens, sondern von einem großen moralischen Impetus getragen. Er hat den zweiten Teil einer seiner Amtsbezeichnungen nicht wie ein schmückendes Beiwort, sondern als Hauptwort verstanden: „Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.“ Es ging Hans Katzer immer um Sozialordnung und nicht um opportunistische Sozialtechnik.

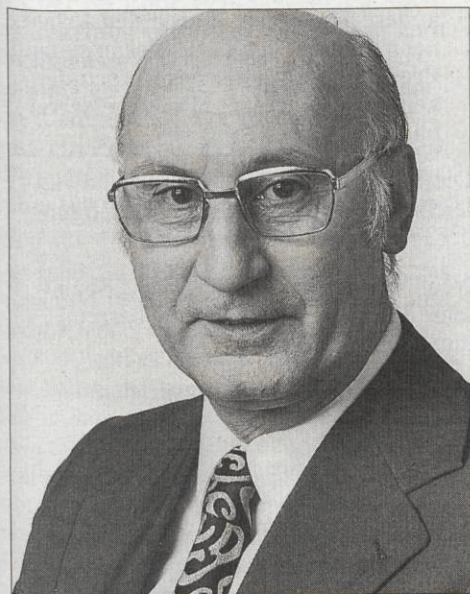
Dem großen neuen globalen Effizienzwettbewerb dürfen die Ideen, welche den Sieg über den Sozialismus erringen haben, nicht geopfert werden.

Das Arbeitsförderungsgesetz mit dem großen Angebot an Umschulung und Fortbildung verstand Hans Katzer mehr als Teil der allgemeinen Bildungspolitik und nicht lediglich als beschäftigungspolitische Ertüchtigung. Es ging um die Gleichberechtigung von beruflicher und akademischer Bildung und um das Gleichgewicht von Praxis und Theorie als Bildungsfelder. Dabei sollte das Arbeitsförderungsgesetz die Bildungspflicht der Unternehmen ergänzen, nicht ersetzen.

Es ging auch in der Bildungspolitik um die Verletzungen, welche der Arbeiterschaft auf ihrem Weg zugefügt wurden; Verletzungen, die Hans Katzer am eigenen Leibe erfahren hatte und die er mitteilen wollte. Er hat das Kölner Reformgymnasium verlassen müssen und Textilkaufmann gelernt: nicht aus freiem Willen, sondern der Not gehorchend. Architekt war sein Jugendtraum.

Katzers Antwort, aus Lebenserfahrung geboren, war nicht: Alle Kinder aufs Gymnasium, sondern Aufwertung der praktischen Bildung und die Befähigung zu lebenslangem Lernen: hier wie da, auf der akademischen wie praktischen Seite.

Der Sprengsatz, den das Lohnfortzahlungsgesetz unter Katzers Federführung entschärft hat, war weniger die Höhe der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die ja heute wieder von aktueller Bedeutung ist, sondern die Diskriminierung der Arbeiter, die im Krankheitsfall anders behandelt wurden als die Angestellten. Es ging um die verletzte Ehre der Arbeiter, die im



Hans Katzer – er hat den Charakter der CDU als Volkspartei wesentlich mitgeprägt

Krankheitsfall als Arbeitnehmer 2. Klasse behandelt wurden.

Die letzte Etappe seiner parlamentarischen Arbeit galt dem Europa-Parlament. Das war nicht Ausweg, sondern konsequente Fortsetzung seines politischen Weges.

Der Rheinländer Katzer war so wenig wie jemals die rheinische CDU nationalistisch. Seine Heimat Rheinland war immer stärker einer weltoffenen westlichen Tradition der Aufklärung verbunden als einer dunkel-romantischen Verklärung der Nation als letzter Antwort der Geschichte.

Europa, das war seine Vision, in der die Vaterländer nicht mehr gegeneinander stehen, sondern miteinander das beste Erbstück des Abendlandes in die großen Auseinandersetzungen und Kämpfe der Geschichte einbringen. Und das kostbarste Erbe Europas ist die „Erfindung“ der Achtung vor der Würde der Person.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, das ist der wichtigste Satz unserer Verfassung.

Als den Kernsatz der Kölner Leitsätze der CDU von 1945 bezeichnete Hans Katzer in seiner letzten großen öffentlichen Rede in Berlin 1995 den Satz: „Ein freies Volk soll wieder entstehen, dessen Grundlage die Achtung menschlicher Würde ist.“

Hans Katzer war nie nur ein Sopo, wie die Sozialpolitiker oft hochnäsig, abschätzig titulierte werden. Er war ein Staatsmann von europäischem Format, in der besten Tradition des christlichen Abendlandes fest verwurzelt.

Gerechtigkeit - das war der Stoff, aus dem Hans Katzers Leidenschaft gespeist worden ist.

Die Quelle seiner Inspiration waren Elternhaus und katholische Soziallehre. Hans Katzer kommt aus einem christlichen Elternhaus. Leben und Idee waren in diesem Elternhaus eine Symbiose eingegangen. Man hat sich allzuoft über eine milieugestützte Politik vom hohen Roß intellektueller Klugheiten erhoben. Jedenfalls war das Milieu, aus dem Hans Katzer kam, besser gefeit gegen die Versuche des Nationalsozialismus als manche anderen gescheiterten Leute.

Zwei herausragende Neuanfänge inmitten von viel „Wiederaufbau“ bietet die Nachkriegsgeschichte: CDU und DGB. Während die Fäden an vielen Stellen dort wieder angeknüpft wurden, wo sie 1933 gerissen waren, stellen CDU und DGB die beiden großen originären Neuversuche

dar. Die Einheitsgewerkschaft, klug geworden aus den Fehlern der Weimarer Zeit, überwand das Schema der alten Richtungsgewerkschaft und die CDU, ebenso aus Erfahrung lernend, die alte Zentrumstradition einer Konfessionspartei.

Und an diesen beiden Initiativen war der junge Kriegsheimkehrer Hans Katzer beteiligt.

Nicht alles gelang, und nicht alle Hoffnungen der Gründer wurden erfüllt, aber ohne CDU und DGB wäre die Geschichte Deutschlands anders verlaufen. Und ohne Frauen und Männer wie Hans Katzer hätte es weder CDU noch DGB gegeben.

Nicht machtvergessen und machtversessen, inmitten einer Trümmerlandschaft wagten sie den Neuanfang. Der grassierenden „Ohne-Mich“-Stimmung setzten Frauen und Männer wie Hans Katzer ein entschlossenes „Mit uns - Nie wieder Diktatur“ entgegen.

„Inmitten der Kölner Trümmerlandschaft der Kölner Dom - zwar beschädigt, aber er stand. Die Türme ragten zum Himmel, und das gab uns einen unglaublichen Mut, das machte Mut zum Neuanfang.“

So beschrieb Hans Katzer bei der 50-Jahr-Feier der CDU im vergangenen Jahr in Berlin die damalige Aufbruchstimmung.

Was Hans Katzer für die CDU bedeutet, beschreibt ein distanzierter Zeitzeuge aus der Perspektive der Liberalen: Ralf Dahrendorf (Betrachtungen über die Revolution in Deutschland 1990).

Die „letzte Antwort“ auf die Frage des Wirtschaftswunders, „ein nicht unmittelbar offenkundiger Sachverhalt“ war eine besondere „Konstellation von Personen“. Und Dahrendorf schildert diese Konstellation

als Dreieck Adenauer, Erhard (und mit ihm Müller-Armack) und als dritte Ecke Blank, Katzer und Böckler. Personelle Verbindungen erwiesen sich als ebenso wirkmächtig wie programmatische Entwürfe. Das eine ging nicht ohne das andere.

„Das soziale Element in der deutschen Volkswirtschaft kam durch die andere Tür hinein, durch den Arbeitnehmerflügel der CDU, der in seinem Programm katholisches Reformdenken und Gewerkschaftsinteresse verband.“ (Dahrendorf)

Die Komplimente der Fremden sind vielleicht wirkungsvoller als die Bestätigung der Freunde und Weggefährten.

Neoliberalismus und katholische Soziallehre stimmen in zwei Grundüberzeugungen überein:

- Anerkennung des machtverteilenden Prinzips,
- der Laissez-faire-Kapitalismus ist nicht die Antwort auf den Sozialismus.

Für beide - Neoliberalismus und katholische Soziallehre - ist Wirtschaftsordnung nicht lediglich ein Management materieller Güter, sondern eine Ordnung, in der die Sachen sich den Personen unterordnen müssen. „Die Ordnung der Dinge unterliegt der Ordnung der Personen“, heißt es im Konzilsdokument „Gaudium et spes“. Der schönste programmatische Satz auf dem Boden der CDU, den ich kenne - möglicherweise die volkstümliche Übersetzung des Konzilstextes - entstammt der Offenburger Erklärung der Sozialausschüsse: „Der Mensch ist wichtiger als die Sache.“

Vielleicht ist dieser Satz eine Art Glaubensbekenntnis des rheinischen Katholizismus, als deren Verkörperung Hans Katzer gelten kann. ■

Endlich ist es soweit!

Ab 1. August haben alle dreijährigen Kinder einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz

Mit der bis Ende 1998 befristeten Stichtagsregelung wird der erste Schritt zum Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gesichert. Für alle Kinder, die am 1. August 1996 drei Jahre alt sind, muß ein Platz bereitgestellt werden; für alle später geborenen erst im folgenden Jahr. 1997 sind zwei, 1998 drei Stichtage vorgesehen.

Das heißt, daß Dreijährige 1997 höchstens sechs und 1998 nur noch vier Monate auf einen Kindergartenplatz warten müssen. Ab 1999 soll es keine Wartezeit mehr geben. Alternativ kann bis Ende 1998 auch eine andere geeignete Kinderbetreuung, etwa durch Tagesmütter oder Spielgruppen, angeboten werden. Für Härtefälle gibt es auch außerhalb der Stichtagsregelung eine Ausnahmeregelung, nach der der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Geburtstag des Kindes bestehen bleibt. Dies wird vor allem Alleinerziehenden zugute kommen.

Ein Vergleich zeigt, daß das Angebot an Kindergartenplätzen sich von Land zu Land erheblich unterscheidet. Dort wo die Kinderbetreuung frühzeitig Priorität erhielt, wie etwa in Rheinland-Pfalz, wo die CDU-geführte Landesregierung schon 1991 ein entsprechendes Kindergartengesetz beschloß, ist das Angebot sichergestellt. Auch Baden-Württemberg und das Saarland kann die Kinderbetreuung für Dreijährige garantieren.

Der Druck, der vom Gesetz ausging, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 1996 zu garantieren, hat in vielen

Städten und Gemeinden dazu geführt, daß kreative Lösungen gesucht wurden. So sind oftmals Abstriche von den hohen Standards und den zahlreichen Vorgaben gemacht worden, die den Bau von Kindergärten erheblich verteuerten. Es hat sich gezeigt, daß sich die Kinder auch in weniger aufwendig gebauten Einrichtungen wohlfühlen.

Von Rita Süßmuth, Bundesvorsitzende der Frauen-Union

Die Versorgung mit Kindergartenplätzen entsprechend der Nachfrage ist in den neuen Bundesländern erreicht. Dagegen ist die Umsetzung des Rechtsanspruchs in den alten Ländern von Bundesland zu Bundesland noch unterschiedlich vorangeschritten.

Die Stichtagsregelung ist ein notwendiger Kompromiß, um den Kommunen oder Städten mit finanziellen Engpässen zeitliche Spielräume einzuräumen und sie bei der Verwirklichung des Rechtsanspruchs zu unterstützen. Mit der Stichtagsregelung ist den Ländern und Kommunen geholfen, die ohne diese Regelung keine oder nur eine mangelhafte Kinderbetreuung geschafft hätten. Dennoch bleibt der Druck auf die Kommunen bestehen, für jedes Kind ab dem 3. Geburtstag zum 1. Januar 1999 einen Kindergartenplatz zu garantieren, denn die Stichtagsregelung ist gekoppelt an einen verbindlichen Ausbauplan. ■

Blick voraus im Zorn

Aufruf zu einem radikalen Neubeginn der SPD

„Blick voraus im Zorn - Aufruf zu einem radikalen Neubeginn der SPD“ lautet der Titel des vom langjährigen nordrhein-westfälischen SPD-Fraktionsvorsitzenden, Friedhelm Farthmann, publizierten Buches. Auf 240 Seiten beschreibt er zunächst die gegenwärtige Situation der Sozialdemokraten in der deutschen Parteienlandschaft (Kapitel 1: Sozialdemokratie am Abgrund).

Im zweiten Kapitel (Aufruf zu einem radikalen Neubeginn) setzt sich Farthmann kritisch mit der Parteiprogrammatik der SPD auseinander. Das dritte Kapitel („Manchmal kommt mir der Zorn hoch ...“) dokumentiert ein Gespräch zwischen dem Journalisten Hans-Ulrich Jörges und dem Autor. In diesem eher politisch-persönlichen Abschnitt nimmt Farthmann zu seinem Verhältnis zu Ministerpräsident Rau Stellung, setzt sich mit der rot-grünen Koalition in Düsseldorf auseinander und zieht seine persönliche politische Bilanz. Seiner Ansicht nach habe die SPD einen Tiefstand erreicht, wie er ihn in fast 40jähriger Parteizugehörigkeit noch nicht erlebt habe.

Auswahl zentraler Zitate

Sozialdemokratie am Abgrund

Partei ohne Programm

● „Eine weitere Schwäche der jüngeren programmatischen Äußerungen der SPD war ihre übermäßige Betonung der Zu-

standsbeschreibung. Der Umfang der meist langatmigen und detaillierten Analysen stand häufig in keinem rechten Verhältnis zu den durchweg blassen und allgemein gehaltenen Lösungsvorschlägen.“ (S. 14)

Klassenkämpfer als Reformier wider Willen

Den eigentlichen Schwachpunkt der SPD sieht Farthmann in der tiefgreifenden Uneinigkeit in inhaltlichen Fragen. Ebenso hätten die Personalquerelen zum getrübbten Bild der SPD in der Öffentlichkeit beigetragen. Diese Entwicklung gelte nicht nur für die Bundesebene, sondern sei auch in den Ländern zu beobachten: z.B. ist im Herbst 1995 in Bremen der fünfte Landesvorsitzende innerhalb von vier Jahren gewählt worden.

● „Nur müssen die sozialdemokratischen Positionen neu und eigenständig begründet werden. Der Rückgriff auf marxistische Analysen und Gesellschaftsbilder hilft nicht mehr.“ (S. 26)

Das grüne Gift – von der emotionalen Unterwanderung einer Volkspartei

● „Während in den Zeiten der sozialliberalen Koalitionen der eine Partner FDP stets als Bremser auftrat, spielt in einem rot-grünen Bündnis der kleine Partner häufig die Rolle des ‚Schleppers‘, der den schwerfälligen Tanker SPD zieht.“ (S. 30)

● „Wann immer die SPD politische Positionen der Grünen zum Gegenstand ihrer Politik macht, verliert sie in der Mitte des Spektrums Wählerstimmen.“ (S. 35)

● „Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es bei der derzeitigen und für die nächsten Jahre absehbaren gesellschaftlichen Lage in Deutschland für eine Politik aus ‚ange-ründer‘ SPD plus Grünen keine Mehrheit bei unseren Bürgern gibt.“ (S. 35)

Von Kommunisten und „demokratischen Sozialisten“

● „Die PDS in der Bundesrepublik verfolgt zum anderen nicht das Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland zu beseitigen.“ (S. 42)

● „Trotzdem würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Koalition aus Sozialdemokraten und PDS als falsches Signal einer angeblichen Zusammenarbeit mit Kommunisten mißgedeutet und mißverstanden werden. Deshalb kann ich der SPD mindestens auf Bundesebene vorläufig nur zur Zurückhaltung gegenüber der PDS raten.“ (S. 43)

Aufruf zu einem radikalen Neubeginn

● „Es sind im übrigen durchaus Zweifel angebracht, ob die Einkommensverbesserungen der letzten Jahre wirklich noch einen echten Zuwachs an Lebensqualität für die Menschen in unseren Regionen erbracht haben.“ (S. 71)

● „So könnte man daran denken, daß sich der Arbeitnehmer jeweils den ersten Tag einer krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit auf seinen Jahresurlaub anrechnen lassen muß. Eine solche Regelung könnte wohl kaum als unerträgliche soziale Härte empfunden werden.“ (S. 85 f)

● „Die SPD muß . . . das tun, was nicht nur in allen übrigen westlichen Demokratien, sondern auch in allen anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas selbstverständlich ist: einer deutschen Beteiligung an UNO-Einsätzen im Sinne von Kapitel VII der UNO-Charta

zur Erhaltung oder Schaffung von Frieden ohne ‚wenn und aber‘ zustimmen.“ (S. 95)

● „Ich glaube jedoch, daß ebenso wie in Frankreich der Schritt zur Berufarmee - oder genauer gesagt zur Freiwilligenarmee - über kurz oder lang unvermeidlich ist.“ (S. 96)

● „Die SPD sollte . . . den Beschluß über ein Einwanderungsgesetz möglichst bald in Vergessenheit geraten lassen. Ein solches Gesetz in Deutschland zu verabschieden, wäre genau das falsche Signal für die Dritte Welt.“ (S. 103)

„Manchmal kommt mir der Zorn hoch . . .

(Hans-Ulrich Jörges im Gespräch mit Friedhelm Farthmann, April 1996)

● „Ich glaube, daß die SPD am Abgrund steht - offenbar näher, als viele zu erkennen vermögen.“ (S. 119)

● „Die politischen Ziele der SPD und die politische Wirklichkeit klaffen immer weiter auseinander.“ (S. 120)

● „Die CDU ist in Wahrheit eine andere Form von Sozialdemokratie, jedenfalls wenn man die alten Maßstäbe anlegt.“ (S. 123)

● „Ich hätte im Prinzip keine Bedenken gegen Koalitionen mit der PDS. Lieber wäre mir allerdings, es gäbe in Ostdeutschland zunächst eine Koalition zwischen PDS und CDU. Ich bin auch davon überzeugt, daß es bald eine geben wird.“ (S. 137)

● „. . . mit seiner Polemik [gemeint ist Oskar Lafontaine] gegen die deutschstämmigen Rußlandausiedler hat er voll danebengegriffen.“ (S. 140)

● „Man ordnet sich den Grünen unter und be-greift gar nicht, daß damit der eigenen Identität der Todesstoß versetzt wird.“ (S. 151)

● „Ich kann hier in Nordrhein-Westfalen

Bildungs- und Forschungshaushalt mit deutlicher Prioritätensetzung

Zum Regierungsentwurf des Bildungs- und Forschungshaushalts 1997 erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:

Mit 15 Mrd. DM liegt der Haushalt für Bildung und Forschung um 390 Mio. DM unter dem verfügbaren Soll 1996. Er muß als fünftgrößter Einzelplan unter den Ministerien auch seinen Beitrag zu den Einsparungen im Gesamthaushalt 1997 leisten. Dies führt nicht nur im Projektförderbereich zu einschneidenden Kürzungen, sondern erfordert auch strukturelle Maßnahmen innerhalb der deutschen Forschungslandschaft.

Die deutliche Prioritätensetzung – statt Kürzungen nach der Rasenmähermethode – wird begrüßt. So steigen die um BAföG bereinigten Bildungsausgaben um 0,6 Prozent, der gesamte Bereich der institutionellen Förderung – an der Spitze die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft um jeweils 5 Prozent, die Biotechnologie um 3,4 Prozent, Multimedia/Informationsdienstleistungen um 124 Prozent, die

Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen um 5,2 Prozent. Die Förderung von Bildung und Forschung in den neuen Ländern bleibt auf dem unverändert hohen Niveau von über 3 Mrd. DM.

Kürzungen erfahren u. a. die Bereiche Denkmalschutz, Eisenbahntechnik, Meerestechnik, Geowissenschaften, Raumfahrt, Höhenflugzeug Strato 2C, Modellversuche in der beruflichen Bildung, Studentenwohnraumförderung, Arbeit und Technik.

Statt auf eine Vielzahl einzelner Projekte muß sich die Förderung künftig verstärkt auf strategische Innovationslinien, Leitthemen und damit verbundene Projekte der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts konzentrieren. Das in unserem Lande vorhandene Wissen muß noch besser genutzt werden. Der Einstieg in eine Neuorientierung der deutschen Forschungslandschaft hin zu mehr Wettbewerb und schlankeren Strukturen wird sehr begrüßt und unterstützt. Damit sollen u. a. der Freiraum für die Forschung aber auch die Übernahme von mehr Eigenverantwortung durch die Forschungseinrichtungen vergrößert und soll mehr Effizienz erzielt werden.

nicht ein einziges wirkliches Reformprojekt entdecken ...“ (S. 160)

● „Ich sehe nur hier in Nordrhein-Westfalen, daß das Bündnis mit ihnen katastrophal ist, weil die Grünen in allen entscheidenden Fragen anderer Meinung sind als wir.“ (S. 201)

● „In Mannheim hat der gesamte Partei-

vorstand in jämmerlicher Weise versagt. Das Ganze war nichts als ‚Feigheit vor dem Feind‘. Es war blanker Opportunismus, daß alle dasaßen und die Schnauze hielten über die einzig bewegende Frage des Parteitag.“ (S. 216)

Agrarpolitik im gemeinsamen Deutschland

Angesichts der breiten, zum Teil kontroversen Diskussion über die Fortentwicklung der Agrarpolitik vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Strukturen in Deutschland bezieht der Bundesfachausschuß Agrarpolitik der CDU zu wichtigen Fragen der Struktur- und Marktpolitik grundsätzliche Stellung.

1. Agrarpolitik im Interesse der gesamten deutschen Landwirtschaft

Zentrales Anliegen der CDU-Agrarpolitik ist eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, die sich im europäischen Wettbewerb behaupten kann. Wir wollen eine flächendeckende Landbewirtschaftung und den Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft. Unser Leitbild ist der unternehmerisch handelnde Landwirt, der eigenverantwortlich im Familienbetrieb oder in anderen Betriebs- und Rechtsformen tätig und an der bäuerlichen nachhaltigen Wirtschaftsweise ausgerichtet ist. Dabei wollen wir ein breit gestreutes Eigentum an Grund und Boden sichern.

Wir sind der Überzeugung, daß auf der Basis dieser Grundsatzposition eine Agrarpolitik möglich ist, die dem Gesamtinteresse der deutschen Landwirtschaft Rechnung trägt und den Betrieben - trotz unterschiedlicher Strukturen und Interessen von Region zu Region, teilweise von Betrieb zu Betrieb - überall in Deutschland Chancen eröffnet. Gleiche Wettbewerbschancen müssen keinesfalls identische Agrarstrukturen bedeuten.

Die CDU wird nicht zulassen, daß die Landwirte in Deutschland gegeneinander

ausgespielt werden. Eine Neiddiskussion nützt niemandem.

2. Weiterentwicklung der Agrarreform und Marktpolitik

Vier Jahre nach der Einführung der Agrarreform zeigt sich, daß diese eine durchgreifende Entlastung der Agrarmärkte und Marktordnungsausgaben erreicht hat. Die landwirtschaftlichen Einkommen sind insgesamt stabilisiert worden, allerdings auf einem noch nicht zufriedenstellenden Niveau, insbesondere im Veredlungsbereich.

Die CDU steht zu den mit der Reform als Ausgleich für Preissenkungen eingeführten Direktzahlungen. Sie sind neben anderen Maßnahmen unverzichtbar, damit die

Positionen des Bundesfachausschusses Agrarpolitik der CDU zu Herausforderungen in Struktur- und Marktpolitik

Landwirtschaft ihre vielfältigen Leistungen für die Gesellschaft erbringen kann. Die Landwirte müssen die Möglichkeit haben, ein ausreichendes Einkommen in der Kombination von Markterlösen und Ausgleichszahlungen zu erwirtschaften. Für uns hat die Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit der Ausgleichszahlungen höchste Priorität. Deshalb wenden wir uns auch gegen eine betriebsgrößenabhängige Degression der Direktzahlungen. Die Bemessungsgrundlagen für die Preisersatzmaßnahmen sollen unter Beachtung der WTO-Regeln möglichst eng dem Ziel dienen, die Einkommensverluste auszugleichen,

die durch Preissenkungen oder Mengenbegrenzungen entstanden sind.

Auch in Zukunft kann über die Notwendigkeit der Ausgleichsleistungen kein Zweifel bestehen. Gleichwohl gilt es, die Agrarreform, insbesondere im Hinblick auf die anstehende neue GATT-Runde und den geplanten Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU, praxisgerecht und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln. Über die Preisausgleichsleistungen hinaus sind weitere Maßnahmen zur Abgeltung ökologischer und landschaftspflegerischer Leistungen notwendig. Dabei muß geprüft werden, ob und inwieweit dies durch die Ergänzung des Systems direkter Einkommensübertragungen durch ökologische und wettbewerbspolitische Kriterien geschehen kann. In jedem Fall müssen Umweltsleistungen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen, gesondert abgegolten werden. Der Wettbewerbsbericht der Bundesregierung macht deutlich, daß der Agrarstandort Deutschland bereits heute eine Vorreiterfunktion für eine umweltverträgliche und nachhaltige Landwirtschaft übernommen hat. Dies muß honoriert werden.

Die Zuständigkeit der Europäischen Union muß sowohl für die Markt- als auch für die Einkommenspolitik erhalten bleiben. Im Hinblick auf echte regionale Unterschiede - zum Beispiel höhere Umweltstandards in einzelnen Regionen - muß der vorhandene regionale Gestaltungsspielraum voll ausgenutzt und gegebenenfalls erweitert werden. Eine ergänzende regionale Einkommenspolitik bei gezielten Maßnahmen sollte möglich sein.

Wichtig ist, im Rahmen der Weiterentwicklung der EU-Agrarmarktpolitik die Veredelungsproduktion zu stärken. In einem ersten Schritt gilt es, die beiden Rinderprämien zu einer einheitlichen, deutlich erhöhten zusammenzuführen. Wir fordern - um die Veredelungswirtschaft in einer ohnehin schwierigen Phase zu stabilisieren -

die Ablösung der einzelbetrieblichen Bestandsbegrenzung bei den Tierprämien durch regionale Plafonds.

Bei der Milchproduktion sprechen wir uns für die Beibehaltung der unterschiedlichen Quotensysteme in Ost und West bis zum Jahre 2000 aus. Im Rahmen einer europäischen Anschlußregelung für die Garantiemenge wollen wir die Quotensysteme angleichen und eine Stärkung der wirtschaftenden Betriebe erreichen.

Für die neuen Bundesländer muß die 1993 vorgenommene vorläufige Erweiterung der Grundfläche von 331 000 Hektar verlängert werden.

3. Agrarstrukturförderung vereinheitlichen – einzelbetriebliche Maßnahmen verstärken

Die CDU spricht sich angesichts der Stabilisierung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern für einen einheitlichen Förderrahmen der Agrarstrukturpolitik in Deutschland aus.

Die einheitliche Strukturförderung in Deutschland soll flexibel, an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit ausgerichtet und an die notwendigen Struktur- und Wettbewerbsverhältnisse angepaßt sein. Angesichts der knapper werdenden Haushaltsmittel ist eine Konzentration auf die einzelbetrieblichen Maßnahmen notwendig.

Das seit 1995 in den alten Bundesländern geltende Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) ist mit einem deutlich erhöhten Investitionsvolumen eine gute Grundlage für die einheitliche einzelbetriebliche Förderung in ganz Deutschland. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in Brüssel für die Genehmigung der Förderung der tierischen Veredlung (insbesondere Schweine) einzusetzen.

Existenzgründungen sollen zukünftig in ganz Deutschland gefördert werden. Die Prosperitätsgrenze ist beizubehalten und

so auszugestalten, daß die knappen Fördermittel auf die Betriebe gelenkt werden, die sie zur Weiterentwicklung brauchen.

4. Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft steigern – Wettbewerbsverzerrungen abbauen

Um die landwirtschaftlichen Betriebe zu stärken, müssen wettbewerbsverzerrende Maßnahmen abgebaut werden. Auf europäischer Ebene gilt es vor allen Dingen, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzstandards auf hohem Niveau zu harmonisieren. Die Erfahrungen mit der Rinderkrankheit BSE und der Schweinepest machen deutlich, daß der Verbraucherschutz in der Europäischen Union verstärkt und die Tierseuchenbekämpfung reformiert werden muß.

Wenn in bestimmten Ländern oder Regionen höhere Standards im Umwelt- und Tierschutz von der Öffentlichkeit eingefordert werden, so müssen daraus entstehende Wettbewerbsnachteile auch national bzw. regional ausgeglichen werden können. Es entspricht dem Grundsatz der Subsidiarität, daß die EU den Mitgliedsstaaten die Möglichkeiten zu standortbezogenen Maßnahmen zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen gewährt. Bundesgesetze, die den Ländern die Ausfüllung im Sinne einer Rahmenkompetenz überlassen, müssen eine Verpflichtung der Länder zum Erlaß von Ausgleichsmaßnahmen enthalten.

Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zu gleichen Wettbewerbschancen innerhalb Deutschlands können neben dem Bund auch Länder und Kommunen leisten, indem sie überzogene kostenträchtige Anforderungen und Auflagen im Bau- und Genehmigungsrecht beseitigen und den unternehmerischen Handlungsspielraum der Landwirte erweitern. Handlungsbedarf besteht auch in einer weitgehenden Vereinheitlichung und Verminderung von

Schlachthof- und Veterinärgebühren etc..

Konkretes Ziel beim Immissionsschutz ist die Übernahme der Werte der EU-Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung für genehmigungsbedürftige Anlagen.

Bei der Novellierung des Baurechtes sind Nutzungsänderungen landwirtschaftlicher Gebäude, insbesondere für gewerbliche Zwecke, zu erleichtern.

In der Veredlung gilt es, die Vermarktungskosten zu senken und die Strukturen zu bereinigen. Dies ist originäre Aufgabe der Wirtschaft. Die Politik soll hier unter regionalen Gesichtspunkten unterstützend tätig werden.

Der Bundesfachausschuß Agrarpolitik der CDU fordert eine Kostenentlastungsoffensive von Bund und Ländern, damit der Agrarstandort Deutschland Zukunft hat.

5. Europäische Interessen bei den Welthandelsvereinbarungen wirkungsvoll vertreten

Während die Landwirtschaft in der letzten GATT-Runde erstmals vollständig integriert wurde, sind andere Bereiche - Finanzdienstleistungen, Seetransport, Flugzeugbau und Telekommunikation - noch weiter verhandelt worden. Aus diesen Erfahrungen heraus darf die nächste GATT-Runde kein Diktat der Cairns-Gruppe oder amerikanischer Interessen darstellen, sondern sie muß vielmehr faire Vereinbarungen aller Partner erbringen.

Bundesregierung und EU-Kommission sollten schon jetzt detaillierte Konzepte für die Einbeziehung von Umweltstandards in internationale Handelsbeziehungen entwickeln und diese in die nächste WTO-Verhandlung einbringen. Denn gerade im Bereich der Landwirtschaft ist die Frage des Öko-Dumpings von entscheidender Bedeutung für die GATT-Folgeverhandlungen. ■

Guter Start für Modellprojekt: Es muß nicht immer Schwarzarbeit sein

Drei Monate nach der Eröffnung des ersten vom Bundesarbeitsministerium geförderten Dienstleistungszentrums erklärte die Vorsitzende der Frauen-Union Rheinland-Pfalz, Maria Böhmer:

Die Erfahrungen der ersten drei Monate zeigen: Der Start des ersten Modellprojekts eines Dienstleistungszentrums im rheinland-pfälzischen Frankenthal war erfolgreich. Das Dienstleistungszentrum Frankenthal hat mittlerweile 7 sozialversicherungspflichtige Voll- und Teilzeitkräfte beschäftigt. Alle Arbeitnehmerinnen waren vorher arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht. Die Auftragslage ist gut. In den kommenden Wochen soll die Zahl der Beschäftigten auf 10 weiter erhöht werden. Gemanagt wird das Dienstleistungszentrum von einer Einsatzleiterin, einer Hauswirtschaftsleiterin und einer Verwaltungsfachkraft.

Das Modellprojekt läuft über drei Jahre und soll dazu beitragen, den Privathaushalt als Arbeitsplatz aus dem Schatten der geringfügigen Beschäftigung und der Schwarzarbeit herauszuführen. Die Mitarbeiterinnen erhalten Gelegenheit, sich neben der Arbeit

weiter zu qualifizieren. Nach zweieinhalb Jahren können sie den Abschluß einer Hauswirtschafterin erlangen.

Die Kunden haben das neue Angebot gut angenommen. Ein großes Plus des Dienstleistungszentrums: Bei Urlaub oder Erkrankung einer Mitarbeiterin erhält der Kunde umgehend Ersatz. Die hohe Zuverlässigkeit macht den Nachteil eines etwas höheren Preises wieder wett: Für eine Stunde putzen, kochen, Wäsche pflegen oder Kinder hüten zahlt man zwischen 18 und 22 Mark zuzüglich einer Fahrtkostenpauschale.

Gute Beschäftigungschancen

Ich bin überzeugt, daß das Modell Dienstleistungszentrum große Beschäftigungschancen bietet, wenn es gelingt, eine bundesweite Existenzgründungswelle auszulösen. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die steuerliche Förderung für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Privathaushalt auch für Arbeitnehmerinnen in Anspruch genommen werden kann, die in Dienstleistungszentren beschäftigt sind.

Fast 300 Seminare für Existenzgründer

Insgesamt 281 Existenzgründungsseminare bieten die Industrie- und Handelskammern (IHK) und die Wirtschaftsjunioren (WJD) in den alten und neuen Bundesländern im zweiten Halbjahr 1996 für Arbeitnehmer an, die sich selbständig machen wollen. Wie es in dem jetzt vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) er-

stellten Veranstaltungskalender heißt, komme zu den Existenzgründungsseminaren eine Vielzahl von IHK-Spezialseminaren für selbständige Existenzten hinzu, die Aufbau, Festigung, Übergabe und Beteiligung sowie bestimmte Branchen und die verschiedenen Funktionsbereiche der Unternehmensführung betreffen.

Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung

Am 1. Juli hat das Bundesumweltministerium zu einer Diskussion über „Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung“ eingeladen. Der Einladung waren rund 300 Vertreter der Umweltverbände, verschiedener Industrieverbände, der Gewerkschaften, der Kirchen, der Wissenschaft und der Verbraucherverbände gefolgt. Die Veranstaltung war der Auftakt für einen etwa einjährigen Diskussionsprozeß, in dem vor allem folgende Fragen geklärt werden sollen:

- Welches sind die wesentlichen Ziele für unsere Umweltpolitik im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren?
- Welche Anstrengungen müssen wir unternehmen zur Erreichung umweltpolitischer Ziele?
- Wie und in welchem Rahmen können diese Ziele umgesetzt werden?
- Wie können Politik und Staat konkrete Zielvorgaben machen und sie durch eigene Mittel - z.B. Gesetze - oder durch Anreize für andere umsetzen?

Die Umweltpolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten Wesentliches erreicht. Die Luftreinhaltung, die Verbesserung unserer Wasserqualitäten sind hierfür nur wenige Beispiele. Die Umweltpolitik steht aber jetzt vor einer neuen Etappe. Was heißt das?

1. Wir alle wissen: Die Globalisierung der wirtschaftlichen Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf die Umweltpolitik. Auch hier werden zunehmend internationale Herausforderungen durch internationale Vereinbarungen zu erfüllen sein. Deutschland als Industrieland hat ei-

ne Vorbildrolle, weil Industrieländer technologische Entwicklungen schaffen, die weltweit Maßstäbe setzen. Dies kann und muß auch in der Umweltpolitik genutzt werden.

2. Umweltpolitik kann durch Gesetze oder Verordnungen vieles erreichen. Der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland kann in Zukunft aber nicht

Von Bundesumweltministerin Angela Merkel

allein durch den Staat, durch Regelungen und Rechtssetzungen geschafft werden. Die Herausforderungen für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen müssen in den nächsten Jahren sehr viel klarer und deutlicher erkennbar werden.

3. Nach einer Anfangsphase scheinbar unbegrenzter Ressourcen kann Umweltpolitik heute nicht die Augen vor begrenzten Ressourcen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit verschließen. Auch in der Umweltpolitik müssen die Schritte mit Blick auf andere politische und gesellschaftliche Bereiche definiert werden.

Dies alles fordert auch die Umweltpolitik auf, Prioritäten zu setzen, Schwerpunkte zu bilden, und Handlungsziele so zu formulieren, daß sie in anderen Bereichen der Gesellschaft verstanden werden.

Das Bundesumweltministerium hat hierzu ein Diskussionspapier vorgelegt, das sechs Bereiche benennt, in denen in den nächsten Jahren die größten Abweichungen vom Entwicklungspfad der nachhaltigen

Entwicklung sichtbar sind, wo es gelingen muß, erkennbare und berechenbare Zielsetzungen zu finden.

Im einzelnen sind dies:

● Klimaschutz

Es ist wissenschaftlich erwiesen: Menschliche CO₂-Emissionen führen zu einem Anstieg der durchschnittlichen Temperatur und damit des Meeresspiegels und werden nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, auf die landwirtschaftliche Produktion und andere Bereiche des Lebens haben. Im Rahmen der Klimarahmenkonvention sind bis zum Jahre 2000 international Reduktionsziele vereinbart, die vor allen Dingen durch die Industrieländer erbracht werden müssen. National haben wir ein Minderungsziel von 25 Prozent, bezogen auf das Jahr 1990, bis zum Jahre 2005. Die Frage für die nächsten Jahre heißt: Welche Bereiche in unserer Gesellschaft können welche Beiträge zu den Reduktionen leisten? Welche Instrumente sind geeignet, dieses Ziel auch zu erreichen?

● Schutz des Naturhaushalts

Eine weitere große Herausforderung, vor der die Umweltpolitik heute steht, ist der Schutz des Naturhaushalts, insbesondere die Erhaltung der biologischen Vielfalt, nicht nur weltweit, sondern auch bei uns im Lande. Die biologische Vielfalt von Pflanzen und Tieren ist Lebensgrundlage für uns Menschen schlechthin. Ist die Erhaltung dieser Vielfalt ein konsensfähiges Ziel? Allerdings genügt hier ein allgemeines Bekenntnis zu diesem Ziel nicht. Wir brauchen konkrete Vorschläge, um eine Trendwende zu erreichen. Wo gibt es Ansätze, um Flächenverbrauch und Zerschneidung zusammenhängender Naturräume, z.B. durch Verkehrswege und Neubauten, zu vermeiden? Welche Möglichkeiten gibt es in der Landwirtschaft, zur Erhaltung der biologischen Vielfalt beizutragen?

● Ressourcenschonung

Die starke Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen durch den Menschen ist weltweit zunehmend mit Umweltproblemen verbunden. Dem sparsamen Einsatz von Stoffen muß daher größere Aufmerksamkeit gewidmet werden als bisher. Dabei kommt es vor allem darauf an, den Stoffeinsatz durch das Schließen von Stoffkreisläufen zu senken.

● Schutz der menschlichen Gesundheit

Der Schutz der menschlichen Gesundheit war der Ausgangspunkt der Umweltpolitik, und er hat nie an Bedeutung verloren. Zwar hat die Umweltpolitik gerade in diesem Bereich viel erreicht, jedoch zeigen neue Erkenntnisse z.B. über Lärm oder über die Auswirkungen bestimmter Schadstoffe auf den menschlichen Hormonhaushalt immer wieder neue Problembereiche auf.

● Umweltschonende Mobilität

Mobilität ist eine wichtige Errungenschaft unserer Entwicklung, aber sie stellt auch eine der wesentlichen umweltpolitischen Herausforderungen in Deutschland dar. Während wir bei der Reduktion von Schadstoffemissionen bereits große Fortschritte erzielt haben, besteht weiterhin Handlungsbedarf bei den CO₂-Emissionen sowie beim Flächen- und sonstigen Ressourcenverbrauch einschließlich der Abfallproblematik. Auch im Verkehrsbereich stehen wir also künftig anderen Herausforderungen gegenüber als bislang.

● Umweltethik

Neben den genannten sachbezogenen Handlungsfeldern ist es aus meiner Sicht wichtig - ähnlich wie in der Sozialen Marktwirtschaft - auch eine von den materiellen Bedingungen abgekoppelte Begründung für unser Streben nach einer

nachhaltigen Entwicklung zu befördern. Allein materielle Argumente werden nicht ausreichen, um ein System der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft zu schaffen. Wie kann in einer Zeit knapper Ressourcen deutlich gemacht werden, daß auch kommenden Generationen Spielräume bleiben müssen, und wie kann dies einer der fundamentalen Grundsätze menschlichen Handelns in unserer Zeit werden?

Das Diskussionspapier „Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung: Umweltziele und Handlungsschwerpunkte in Deutschland“ kann im Bundesumweltministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit, angefordert werden.

Ludwig Erhard hat einst die „Soziale Marktwirtschaft“ erfunden. Alle wesentlichen Sozialgesetze hat die CDU auf den Weg gebracht und verabschiedet. In unserem neuen Grundsatzprogramm sind wir einen Schritt weitergegangen: Die Union steht heute für die „Soziale und ökologische Marktwirtschaft“. Um diesen Begriff mit Leben zu füllen, müssen wir unser Wirtschaften an der begrenzten Kapazität der natürlichen Umwelt ausrichten. Anders ausgedrückt: Wir müssen das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in die Tat umsetzen. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Union nicht nur an dieser Diskussion beteiligt, sondern ihr wesentliche Impulse gibt.

Schwierige Pfade

Neues Buch zur Privatisierung in den Kommunen

Der Band 13 der KAS-Reihe „Aufgaben der Kommunalpolitik“ setzt sich mit der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen auseinander. Experten berichten in ihren Beiträgen über ihre Erfahrung mit Privatisierungsprojekten, vor allem im Bereich der Stadtentwicklung. Dabei wird deutlich, daß aus Sicht der Kommunen besonders zu klären ist, welche Aufgaben unter allen Umständen von Städten, Gemeinden oder Landkreisen wahrgenommen werden müssen. Dies bedeutet, daß vor einer Aufgabenprivatisierung eine Aufgabenkritik stehen muß. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Privatisierung liegt beim partnerschaftlichen Gespräch zwischen allen beteiligten Akteuren und beim Erkunden, Beachten und Respektieren der unterschiedlichen Möglichkeiten und Ziele der Partner.

Das Buch „Partnerschaftliche Stadtentwicklung – Privatisierung kommunaler Aufgaben und Leistungen“, herausgegeben von Henning Walcha und Klaus Hermanns, ist im Deutschen Gemeindeverlag und Verlag W. Kohlhammer erschienen und zum Preis von DM 39,80 im Buchhandel erhältlich.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Der Kampf gegen Korruption wird verstärkt

(siehe auch Dokumentation Seite 5 und 10)

Um die wachsenden Herausforderungen der Zukunft insbesondere bei den sich rasant ändernden Erscheinungsformen der Kriminalität auch in Zukunft bewältigen zu können, hat das Bundeskabinett im Juni d.J. ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das die Entschlossenheit der Bundesregierung auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit unterstreicht.

Einen Schwerpunkt innerhalb dieses Pakets bilden die Maßnahmen zur wirksameren Verfolgung von Korruptionsdelikten (§§ 331 ff. StGB) und damit der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption.

Sowohl im staatlichen wie im privaten Bereich wirkt korruptes Verhalten schädigend. Der Staat muß auf diese Herausforderungen in angemessener Weise reagieren und darf vor einschneidenden Maßnahmen in seinem Bereich nicht zurückschrecken. Es kann nicht deutlich genug betont werden: Das Vertrauen der Bürger in die Integrität des Staates ist einer der Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Dieses Vertrauen ist unverändert gerechtfertigt. Es darf auch in Zukunft nicht erschüttert werden. Damit dies so bleibt, sind alle Maßnahmen und Anstrengungen zu unterstützen, die geeignet sind, Korruption in jeder Form vorzubeugen und Korruptionsfälle mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Im Jahr 1994 registrierte die polizeiliche Kriminalstatistik 7.126 Straftaten im Amt. Davon entfielen 2.757 Fälle auf Delikte der Bestechlichkeit und Bestechung, in 485 Fällen wurde Vorteilsannahme und

Vorteilsgewährung festgestellt. Insbesondere im Bereich der öffentlichen Verwaltung droht Korruption vor allem bei der Auftragsvergabe durch die Öffentliche Hand aber auch der Erteilung von Konzessionen und Genehmigungen. Vielfach - und dies zeigt die besorgniserregende Entwicklung - ist ein enger Zusammenhang zur Organisierten Kriminalität zu beobachten.

Von Bundesinnenminister Manfred Kanther

An der Nahtstelle zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft drohen so Entwicklungen, die die Mechanismen des freien Marktes außer Kraft setzen können. Hinzu kommt der große Vertrauensverlust in die Integrität des Staates, wenn der Eindruck entsteht, Entscheidungen würden nicht mehr unparteiisch oder auf Grundlage des normierten Rechts erfolgen, sondern willkürlich und ggf. zum Vorteil weniger Krimineller getroffen. Dem muß mit aller Entschiedenheit begegnet werden.

Vor diesem Hintergrund bedürfen die Korruptionsdelikte der strafatbestandlichen Erweiterung und der Strafverschärfung sowie - denn materielle und immaterielle Schäden sind angesichts des Dunkelfeldes nur schwer einzuschätzen - im Interesse einer höheren Aufklärungsquote einer kronzeugenartigen Strafmilderungs- bzw. Strafbefreiungsklausel.

Der Gesetzentwurf zur verbesserten Bekämpfung der Korruption stellt sich

dieser Anforderung und sieht die entsprechenden Änderungen von dienst- und strafrechtlichen Vorschriften vor.

So ist im dienstrechtlichen Teil geplant, durch konsequente Anwendung und Fortentwicklung des Nebentätigkeitsrechts der Beamten (§ 42 BRRG, §§ 65, 66 BBG) zu gewährleisten, daß Nebentätigkeiten nicht zu einer Kollision mit den dienstlichen Interessen und Pflichten führen.

Auch die genehmigungsfreie schriftstellerische, wissenschaftliche und künstlerische Vortrags- und Gutachternebtätigkeit soll der Beamte künftig vor ihrer Aufnahme im Einzelfall anzuzeigen haben, wenn er hierfür ein Entgelt oder geldwerten Vorteil erhält. Auf begründetes Verlangen der Dienstbehörde soll der Beamte auch zur Auskunft über die Entgelte und geldwerten Vorteile hieraus verpflichtet werden.

Aber auch an genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten werden höhere Anforderungen gestellt. Zwar sind sie, wie bereits nach geltendem Recht, zu versagen, wenn eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen droht; künftig soll der Beamte bei Beantragung einer Nebentätigungsgenehmigung aber auch Nachweise über die Entgelte und geldwerten Vorteile aus der Nebentätigkeit und nicht nur die sonstigen erforderlichen Nachweise, insbesondere über Art und Umfang der Nebentätigkeit, erbringen müssen. Zudem soll er künftig Änderungen, insbesondere auch der Entgelte und geldwerten Vorteile, unverzüglich anzuzeigen haben.

Keine Geschenke

Desweiteren wird zukünftig in § 43 BRRG, § 70 BBG ausdrücklich klargestellt und damit für jedermann deutlich, daß sowohl aktiven als auch ehemaligen Beamten jede Annahme von Belohnungen oder Geschenken in bezug auf ihr Amt

grundsätzlich verboten ist. Ausnahmen werden unter den Zustimmungsvorbehalt des Dienstherrn gestellt. Sie dürfen nur erteilt werden, wenn nach Lage des Falles nicht zu befürchten ist, daß die Annahme die objektive Amtsführung des Beamten beeinträchtigen oder den Eindruck seiner Befangenheit entstehen lassen könnte.

Aufklärung erleichtern

Darüber hinaus ist in der Bundesdisziplinarordnung eine Neuregelung vorgesehen, wonach kooperatives Verhalten eines Beamten, der sein Wissen über eine Korruptionsstraftat (§§ 331 bis 335 StGB) offenbart, im Disziplinarverfahren zu seinen Gunsten berücksichtigt werden kann. Um die Aufklärung von Korruptionsfällen zu erleichtern, ist vorgesehen, daß die oberste Dienstbehörde Beamten, die im Wege des Disziplinarverfahrens aus dem Dienst entfernt wurden und die damit bisher alle Versorgungsansprüche verlieren, eine monatliche Unterhaltsleistung für die Zeit nach Erreichen des Rentenalters zusichern kann, wenn sie durch ihre Aussagen die Aufklärung oder Verhinderung von Straftaten über ihren eigenen Tatbeitrag hinaus ermöglicht haben.

Neben den dienstrechtlichen Änderungen enthält der Gesetzentwurf weitere Ergänzungen im strafrechtlichen Teil.

So sehen die Straftatbestände in §§ 331 ff. StGB eine Klarstellung dahingehend vor, daß die Strafbarkeit wegen Vorteilsannahme und Bestechlichkeit sowie Vorteilsgewährung und Bestechung nicht davon abhängen soll, ob der Vorteil dem Amtsträger selbst oder einem Dritten gewährt wird oder werden soll. Eine entsprechende Erweiterung ist auch bei den Tatbeständen der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr geplant.

Darüber hinaus ist vorgesehen, in den Grundtatbeständen der Vorteilsannahme

nach § 331 Abs. 1 StGB und der Vorteils-gewährung nach § 333 Abs. 1 StGB das angedrohte Höchstmaß der Freiheitsstrafe von 2 auf 3 Jahre anzuheben. Für die Vorteilsannahme durch Richter und Schiedsrichter bzw. die Vorteilsgewährung an Richter und Schiedsrichter ist sogar eine Erhöhung von 3 auf 5 Jahre Freiheitsstrafe vorgesehen.

Um besonders gravierende Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung angemessen bestrafen zu können, wird in Anlehnung an die bereits bestehende Regelungen in §§ 243, 263, 266 und 267 StGB eine Strafzumessungsregelung für besonders schwere Fälle eingefügt, die künftig Freiheitsstrafen von einem bis zu zehn Jahre, für Richter und Schiedsrichter Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren vorsieht.

Daneben wird in einem neuen Abschnitt des StGB über „Straftaten gegen den Wettbewerb“, neben der bisher im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) enthaltenen Vorschrift über die passive

und aktive Bestechung im geschäftlichen Verkehr, ein neuer Straftatbestand gegen „Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen“ aufgenommen. Mit der Aufnahme der bisherigen Regelung ins Strafgesetzbuch wird der kriminelle Unrechtgehalt von Bestechungen in der Wirtschaft deutlich unterstrichen.

Um eine der Schwere des kriminellen Unrechts der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr entsprechende angemessene Ahndung solcher Taten zu ermöglichen, wird eine Anhebung des Strafrahmens von derzeit einem Jahr auf drei Jahre vorgesehen; außerdem wird eine Strafzumessungsregelung für besonders schwere Fälle mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von 5 Jahren vorgeschlagen. Hinzu kommt die Möglichkeit, die Strafverfolgung, die bisher von einem Strafantrag abhängig war, zukünftig auch von Amts wegen zu ermöglichen, wenn ein besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung besteht.

Eigentum für jeden

„Eigentum für jeden – Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950 – 1961“ heißt die neue Studie von Yorck Dietrich. Das Buch untersucht die Vermögenspolitik der ersten Legislaturperioden. In der Zeit eines beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwungs versuchte die CDU, mit ihren vermögenspolitischen Initiativen die soziale Sicherung auszubauen und der Kritik an einer einseitigen Vermögensverteilung wie auch sozialen Spannungen langfristig zu begegnen.

Die Studie analysiert nicht nur die vermögenspolitische Gesetzgebung,

Sparprämien-gesetz (1959), Privatisierung von Preussag und VW (1959/61) und Vermögensbildungsgesetz (1961), sondern auch die schwierige Entscheidungsfindung zwischen CDU, Regierungskoalition und Ministerialbürokratie. Führende Wirtschafts- und Sozialpolitiker wie Ludwig Erhard, Franz Etzel, Karl Arnold und Hans Katzer erscheinen in neuem Licht.

Das Buch ist als Band 29 in der Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ der Konrad-Adenauer-Stiftung im Verlag Droste erschienen und zum Preis von 78 DM im Buchhandel erhältlich.

20 Jahre Europäische Volkspartei

Eine starke Kraft für Europa

Am 8. Juli ist die Europäische Volkspartei (EVP) 20 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß luden Jean-Claude Juncker, luxemburger Premierminister, und Wilfried Martens, Vorsitzender von EVP und EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, am 10. Juli zu einem Festakt in Luxemburg ein. Dort hat am 8. Juli 1976 die konstituierende Sitzung der Europäischen Volkspartei stattgefunden.

„Die Gründung der EVP war kein Zufall, sondern eine Notwendigkeit. Den Gründern der EVP war damals klar: Eine föderal organisierte Europäische Gemeinschaft braucht europäische Parteien“, so der Vorsitzende Wilfried Martens, der neben dem Fraktionsvorsitzenden Hans August Lückert als damaliger junger Präsident der belgischen CVP maßgeblich an der Schaffung der Satzung und des Programms der EVP beteiligt war.

Die EVP – Eine Erfolgsstory

Nach den Schrecken des 1. Weltkrieges und drohenden Faschismus wuchs in den Führungskreisen der christlich orientierten Parteien während der zwanziger Jahre das Bewußtsein dafür, daß die Überwindung des Nationalismus die entscheidende Voraussetzung für den Erhalt des Friedens sei.

Die erste Initiative zu einer organisierten Zusammenarbeit kam von Don Luigi Sturzo, der 1919 den Partito Popolare Italiano (PPI / Italienische Volkspartei) gründete. Obwohl er eine breitere internationale Zusammenarbeit christlich orientierter Parteien anstrebte, waren die Parteien, die während der zwanziger Jahre zu einer Zusammenarbeit in seinem Sinne bereit waren, ausnahmslos katholische Parteien.

Das erste von Sturzo initiierte Treffen kam 1925 in Paris zustande und führte 1926 zur Gründung des Internationalen Sekretariats demokratischer Parteien christlicher Inspiration, das als informelles Diskussionsforum bis 1939 Bestand hatte.

Die Nouvelles Equipes Internationales (1948-1965)

Nach Ende des 2. Weltkriegs gründeten die christdemokratischen Parteien Europas in Luzern die sog. Nouvelles Equipes Internationales (NEI). Von Anfang an war diese Struktur international ausgerichtet und nicht nur auf Westeuropa, d.h. die spätere EG, begrenzt. Der relativ neutrale Name der Organisation sollte signalisieren, daß man auch für gleichgerichtete Kräfte aus anderen ideologischen Traditionen offen war. Dieser ökumenische Ansatz war neu und eine Chance, die die Christdemokratie genutzt hat.

Neu an den NEI war auch die Zukunftsperspektive: ihr Ziel war die Einigung Europas, d.h. die Überwindung des alten nationalstaatlichen Systems.

Die Entwicklung der NEI wurde während der ersten Jahre begleitet von informellen, vertraulichen Begegnungen auf höchster politischer Ebene, die als „Genfer Gespräche“ bekannt geworden sind. In diesem Rahmen trafen sich zum ersten Mal auch Konrad Adenauer, Robert Schumann und Georges Bidault.

Die Europäische Union Christlicher Demokraten (1965)

Im Jahre 1965 kam es zu einer Restrukturierung des Parteienverbands, dessen Strukturen von den Parteien im Hinblick auf die europäische Entwicklung als zu

schwach empfunden wurden. Der neue Name markierte eine Veränderung: die Phase der Konsultation und Kooperation sollte abgelöst werden von einer Phase der Definition einer echten gemeinsamen Politik. Man wollte vor allem die Hindernisse auf dem Weg zu einem vereinten Europa beseitigen.

Die Europäische Volkspartei (1976)

Innerhalb der EUCD hatte der fortschreitende europäische Integrationsprozeß zur Folge, daß die Parteien aus EG-Ländern sich auf EG-Fragen konzentrierten. Es entstand außerdem das Bedürfnis, sich auf die kommende Herausforderung der direkten Europawahlen auf europäischer Ebene vorzubereiten. Die Bildung einer echten europäischen Partei wurde eine Notwendigkeit.

Nachdem die Staatshäupter der EG-Mitgliedstaaten 1974 beschlossen hatten, die erste Direktwahl des EP auf 1978 festzulegen, setzte die EUCD die ad hoc-Arbeitsgruppe „Europäische Partei“ unter dem Vorsitz von Wilfried Martens und Hans August Lückert ein. Ihr Auftrag war die

Ausarbeitung einer Satzung und eines Programms für eine europäische Partei.

Mit der konstituierenden Sitzung des „Politischen Büros“ vom 8. Juli 1976 in Luxemburg, an der Parteien aus sieben europäischen Ländern teilnahmen, erfolgte die formelle Gründung der Europäischen Volkspartei. Leo Tindemans, Ministerpräsident Belgiens (und ehemaliger Generalsekretär der EUCD) wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt. Das politische Programm der EVP wurde von ihrem ersten Kongreß, am 6. und 7. März 1978 in Brüssel, verabschiedet. Engültige Vollendung der EVP-Struktur war schließlich die Umbenennung der Christlich-Demokratischen Fraktion im EP in „Fraktion der Europäischen Volkspartei“, am 14. Februar 1978.

Im Namen „Europäische Volkspartei“ war von Anfang an die Öffnung für nahestehende Parteien aus anderen politischen Traditionen angelegt, die die Entwicklungsfähigkeit der EVP ausmacht. „Die EVP ist heute eine Union“, so Martens „in der Katholiken, Protestanten, Orthodoxen sowie Parteien anderer politischer Traditionen auf der Basis eines gemeinsamen Programms zusammenarbeiten.“

Lokale Beschäftigungsinitiativen stärker fördern

Lokale Beschäftigungsinitiativen sollen Priorität für die Unterstützung durch die Europäische Union haben, denn sie sind besonders kostengünstige Optionen in der Beschäftigungspolitik.

Dies hat der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Edgar Schiedermeier (EVP/CSU), in seinem Bericht gefordert, der am 23. Juni einstimmig vom Sozialausschuß des Eu-

ropäischen Parlaments angenommen wurde. Außerdem schaffen lokale Beschäftigungsinitiativen Arbeit dort, wo die Menschen Arbeit und die zu erbringenden Dienstleistungen brauchen, erklärte Schiedermeier. Beispielsweise sei die teilweise Kostenübernahme für einen ausgebildeten häuslichen Pfleger älterer Menschen doppelt so preisgünstig wie die Unterbringung in einer herkömmlichen Einrichtung.

Telekommunikationsgesetz

Die Weichen in Richtung Wettbewerb gestellt

Der Bundesrat hat vor der Sommerpause als letzte parlamentarische Instanz das Telekommunikationsgesetz gebilligt. Damit wird das noch bei der Telekom liegende Sprach- und Netzmopol zum 31. Dezember 1997 aufgehoben. Im ersten Halbjahr 1997 werden die Lizenzen für Sprachtelefondienste erteilt, damit die Öffnung des Telekommunikationsmarktes pünktlich zum 1. Januar 1998 zusammen mit der europäischen Liberalisierung erfolgen kann.

Das bisherige Übertragungswegenetzmonopol der Telekom fällt bereits mit dem Inkrafttreten des Gesetzes - nach der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt. Erste Lizenzen für die öffentlichen alternativen Kommunikationsnetze (Corporate Networks) können bis Mitte September 1996 vergeben werden. Anträge liegen bereits vor. Auf jeden Fall sollen noch in diesem Jahr alternative Netze etwa für Datenkommunikation freigegeben werden.

Damit sind die Weichen auf dem Telekommunikationsmarkt in Richtung Wettbewerb gestellt. Deutschland wird ab dem Jahr 1998 einer der freiesten Telekommunikationsmärkte der Welt. Mit dem Telekommunikationsgesetz wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, den Zugang für Wirtschaft und Verbraucher zu preiswerten und leistungsfähigen Telekommunikationsnetzen und -dienstleistungen zu gewährleisten. Von der Liberalisierung erhoffen sich Experten deutlich niedrigere Gebühren.

Ohne Wettbewerb ließen sich die enormen Herausforderungen bei der Telekommunikation in der Zukunft nicht bewältigen. Der deutsche Telekommunikationsmarkt mit seiner großen volkswirtschaftlichen Bedeutung wird Schätzungen zufolge von 73 Milliarden Mark im vergangenen Jahr auf mehr als 100 Milliarden im Jahr 2000 wachsen. Es wird erwartet, daß der Wettbewerb allein auf dem Telekommunikationsmarkt bis zur Jahrtausendwende 400.000, im gesamten Informations- und Kommunikationsbereich bis zu 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen läßt.

Zukünftig dürfen neben der Telekom eine unbegrenzte Zahl weiterer Unternehmen Universal- oder Spezialtelefondienste anbieten. Einschränkungen wird es nur in Situationen geben, in denen knappe Ressourcen zur Verfügung stehen, beispielsweise bei Funkfrequenzen. In den Sparten Übertragungswegenetz und Sprachtelefondienst benötigen die Anbieter Lizenzen. Wer ausreichendes Fachwissen und die nötige Leistungsfähigkeit nachweisen kann, hat Anspruch auf eine Lizenz.

Da die Telekom ein dominanter Anbieter ist, wird anfänglich eine Regulierung erforderlich sein, um den Wettbewerb in Gang zu bringen. Die Intensität der Regulierung kann dann im Zeitablauf reduziert werden, bis sich der Markt selbst reguliert. Die Aufsicht über den Telekommunikationsmarkt übernimmt eine Regulierungsbehörde, die Ende 1997 mit der vorgesehenen Auflösung des Postministeriums gegründet wird. Diese beim Wirtschaftsministerium angesiedelte obere Bundesbehörde

wird auch über die Preise wachen. Marktbeherrschende Unternehmen müssen sich ihre Preise genehmigen lassen und werden verpflichtet, einen flächendeckenden Universaldienst mit ISDN-Telefonanschlüssen, Telefonzellen und -büchern sowie einer Auskunft anzubieten. Zudem müssen kostenlose Notrufmöglichkeiten bereitgestellt werden. Dies dürfte auf absehbare Zeit allein auf die Telekom zutreffen.

Die neuen Anbieter sind zur Einhaltung derselben Datenschutzrichtlinien verpflichtet, denen auch die Telekom unterworfen ist. Die Kommunen müssen zudem ihre Wege und Straßen gebührenfrei für den Bau von Leitungen zur Verfügung stellen.

Bei einem Wechsel der Netzbetreiber können die Kunden ihre alte Rufnummer beibehalten, wenn sie am Standort bleiben. Damit ist sichergestellt, daß jeder Nutzer künftig den Verbindungsnetzbetreiber frei auswählen kann. Diese „Portabilität“ der Rufnummern ist eine wichtige Voraussetzung für einen chancengleichen Wettbewerb. Außerdem muß der Zugang von jedem Telefonnetz in ein anderes gewährleistet sein.

Bei der Lizenzerteilung müssen die Regulierungsziele beachtet werden. Ferner muß

die Bestimmung der Universaldienstleistungen, die durch Rechtsverordnung erfolgt, der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung angepaßt werden. Für die Umsetzung des Gesetzes werden jetzt Rechtsverordnungen zur Regelung des Universaldienstes, der Entgelte und des Netzzugangs der verschiedenen Unternehmen erarbeitet. Sie sollen im August vom Kabinett und im September vom Bundesrat beschlossen werden.

Das Telekommunikationsgesetz schafft die Voraussetzungen für einen freien Wettbewerb nach dem Auslaufen des Telekom-Monopols Ende 1997 und stellt sicher, daß auch in Zukunft ein flächendeckendes Telefonangebot für alle Bürger zur Verfügung steht. Erfahrungen aus Ländern, die eine Marktöffnung bereits vorgenommen haben, zeigen, daß

- die Vielfalt der Dienste zunimmt,
- der Service für die Kunden aufgewertet wird und
- sich das Preis-Leistungsverhältnis verbessert.

Auch in Deutschland konnten mit der Marktöffnung für Endgeräte oder dem Wettbewerb bei Mobiltelefonen positive Erfahrungen gesammelt werden.

37 Millionen Privathaushalte in Deutschland

In Deutschland gab es im April 1995 gut 36,9 Millionen Privathaushalte (30,1 Millionen in den alten und 6,8 Millionen in den neuen Bundesländern). Das waren 0,7 Prozent mehr als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Danach lebten 1995 in einem Haushalt mehr als zwei Personen: Auf 100 Haushalte kamen 222 Personen. 1991 lebten in 100 Haushalten noch 227 Personen. Damit hat sich der langjährige Trend zu kleineren Haushalten fortgesetzt. Nach wie vor bestehen dabei Unterschiede zwischen Ost und West. In den alten Bundesländern zählten durchschnittlich weniger Personen zu einem Haushalt als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (2,20 gegenüber 2,28). Als wesentlicher Grund hierfür nennt das Bundesamt den deutlich höheren Anteil an Ein-Personen-Haushalten (35,9 Prozent aller Haushalte gegenüber 30,4 Prozent in den neuen Ländern und Berlin-Ost).

Aktionsmonat der CDU Thüringen bestätigt:

Union als Partei für schwierige Zeiten gefragt

Der im Herbst des vergangenen Jahres für den Mai 1996 vom Landesvorstand beschlossene Aktionsmonat der CDU Thüringen (vgl. UiD 35/95) stieß anfangs in den eigenen Reihen durchaus auch auf Skepsis.

Vor allem angesichts der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Probleme in Bund und Land wurde dem zentralen Anliegen, der Mitgliederwerbung, kein wirklicher Erfolg zugetraut. Dabei war noch nicht einmal abzusehen, daß das Für und Wider des sogenannten „Sparpaketes“ die politische Diskussion im gesamten Zeitraum bestimmen würde.

Es erwies sich als gut, daß die Kampagne durch den Landesvorstand langfristig vorbereitet wurde und auf einer Kreisvorsitzendenkonferenz und auf Ortsvorsitzendenkonferenzen in den Kreisverbänden das Anliegen des Aktionsmonats und dessen Realisierung intensiv diskutiert und beraten wurde. Es ging darum, zu verdeutlichen, daß die Union - gerade auch in wahlfreier Zeit - für den Bürger da und ansprechbar ist. Unter dem Slogan „Mit uns Zukunft gestalten“ sollte der Aktionsmonat insbesondere die eigenen Mitglieder ermutigen, der Union nahestehende Frauen und Männer anzusprechen und sie einzuladen, gemeinsam mit uns Politik zu gestalten.

Die Bilanz ist in mehrfacher Hinsicht ein Erfolg: Landesweit wurden in Verantwortung des Landesvorstandes, der Kreisvorstände, Vereinigungen und Sonderorganisationen 508 Veranstaltungen organisiert und durchgeführt, wobei ca. 17.000 Bürgerinnen und Bürger erreicht wurden.

1.401 von den Kreisverbänden benannte Personen erhielten einen originalunterschiedenen Brief des Landesvorsitzenden, der sie zur Mitarbeit einlud und den Besuch eines Unionsmitgliedes ankündigte. Inzwischen haben diese Gespräche weitgehend stattgefunden, und dabei bekundeten bisher 283 Sympathisanten ihren Willen, CDU-Mitglied zu werden. Darüber hinaus konnten zahlreiche passive Mitglieder aktiviert bzw. reaktiviert werden.

„Heiße Eisen“ angefaßt

Den großen Herausforderungen, denen sich der Standort Deutschland stellen muß, und die Diskussion zum „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ der Bundesregierung haben den Aktionsmonat wesentlich geprägt. Dabei wurde das Bemühen der CDU „heiße Eisen“ anzupacken und gerade in schwieriger Zeit das Gespräch mit dem Bürger zu suchen, vielfach anerkannt. In zahlreichen Gesprächen wurde festgestellt, daß es einzig die Union ist, die sich im nötigen Maße den Herausforderungen stellt und entsprechende Veränderungen zu erreichen versucht. Nicht wenige neue Mitglieder gaben an, ganz bewußt zum jetzigen Zeitpunkt der Union beizutreten, um die derzeit einzige handlungsfähige Volkspartei in Deutschland bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen.

Die Gespräche im Aktionsmonat und der Erfolg der Mitgliederwerbeaktion haben aufs Neue bestätigt: Die Union ist eine Partei für schwierige Zeiten. ■

Finanzpolitik der Vernunft – sanieren statt ruinieren

Die Lage

Die Landesfinanzen Niedersachsens sind zerrüttet: Nach sechs Jahren Schröder-Regierung sind die finanziellen Grundlagen zerstört und das Land finanziell handlungsunfähig.

Selbst der Finanzstaatssekretär im niedersächsischen Finanzministerium, Frank Ebisch (SPD), muß inzwischen zugeben: „Das Land ist finanziell am Ende“ (Welt am Sonntag, 17. März 1996). Er sieht sogar die Existenz Niedersachsens gefährdet.

Die Nettoverschuldung ist seit 1990 förmlich explodiert. Trotz eines Anstiegs der Steuereinnahmen des Landes um 35 Prozent seit 1990 wurden jedes Jahr immer mehr Schulden aufgenommen.

Den höchsten Schuldenanstieg aller westdeutschen Flächenländer hat inzwischen Niedersachsen zu verzeichnen.

Der Anstieg der Personalausgaben ist für den Schuldenanstieg eine wesentliche Ursache. 9.000 neue Stellen hat die Schröder-Regierung seit 1990 auf Landesebene geschaffen – in Ministerien, zentralen Landesämtern und Behörden. Kein anderes westdeutsches Flächenland gibt einen so großen Anteil seines Haushaltes für Personal aus.

Die Zinsausgaben werden 1996 rund 3,9 Mrd. DM betragen. Dies sind rund 10 Prozent des gesamten Landeshaushaltes. Ihr Anteil wird in den nächsten Jahren noch steigen. 1989 betragen die Zinsausgaben noch rund 2,7 Mrd. DM.

Mit inzwischen schon über 50 Prozent des Landeshaushaltes werden Personalkosten und Zinslasten dieses Land strangulieren, wenn nicht entschlossen gegengesteuert wird.

Das Versagen der SPD

„Wir machen jedes Jahr weniger Schulden.“ Das versprach Gerhard Schröder im Landtagswahlkampf. Fakt ist: Kein anderes westdeutsches Flächenland steht so schlecht da wie Niedersachsen.

Die Finanzkrise des Landes ist hausgemacht. Trotz gegenteiliger Behauptungen der SPD sind die Einnahmen des Landes Niedersachsen nach der deutschen Vereinigung und der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gestiegen. Die Steuereinnahmen sind im Jahre 1996 um 7.000 Mio. DM höher als 1989.

Vor der Landtagswahl 1994 hat die SPD immer behauptet, der Landeshaushalt und die SPD-Wahlversprechen seien solide finanziert.

Sie ist bei diesen falschen Behauptungen bis zum Wahltag geblieben, obwohl durch ein Gutachten des Rheinisch-Westfälischen-Wirtschaftsinstitutes eindeutig die desolatte Finanzlage nachgewiesen wurde.

Erst nach der Landtagswahl hat die SPD-Landesregierung das bestehende Finanzchaos eingestanden.

Sie hat mit Notverordnungen und Haushaltssperren alle freiwilligen Ausgaben

des Landes gesperrt. Keines der Wahlversprechen ist finanzierbar.

Die SPD-Landesregierung in Niedersachsen hat im Gegensatz zu den meisten anderen Landesregierungen bis heute keine wirksame Sparpolitik eingeleitet.

Die Alternativen der CDU

Ein echtes Einspar- und Sanierungsprogramm ist notwendig, wenn Niedersachsen überhaupt noch eine Zukunft haben soll. Ausgaben und Einnahmen des Landes müssen wieder in Einklang gebracht werden.

Die CDU hat deshalb ein Sofortprogramm entwickelt, das kurzfristig ein Einsparvolumen von 1,21 Mrd. DM jährlich umfaßt und mittelfristig die Gesundung der Landesfinanzen ermöglicht.

Personal- und kostenintensive Gesetze, Verordnungen und Erlasse werden wir zurücknehmen oder ändern (Personalvertretungsgesetz, Naturschutzgesetz, Hochschulgesetz, Schulgesetz, Landesraumordnungsprogramm). Alle nicht zwingend notwendigen kosten- und personalintensiven Vorschriften werden wir vorläufig aussetzen. Überhöhte Standards, z.B. bei Kindergärten und im sozialen Wohnungsbau, werden wir abbauen.

Eine Aufgabenreform ist der Schlüssel zur Gesundung der Landesfinanzen. Die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung muß nachhaltig verbessert werden. Hierzu muß sich der Staat auf seine Kernaufgaben besinnen. Daneben müssen die Verwaltungsstrukturen und die Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Dem Verantwortungsbewußtsein der Bürger muß mehr vertraut werden als Reglementierungen.

Gezielter Einsatz von Förderungen und Subventionen ist notwendig. Wir werden

deshalb zum Beispiel die Lernmittelhilfe nicht mehr mit der Gießkanne austeilen und die Landesmittel im Gesundheitswesen wirtschaftlicher verwenden. Nutzlose Kleinstförderungen und Zuwendungen werden wir streichen.

Die Reduzierung der Personalkosten ist unverzichtbar, weil eine Quote von 42,6 Prozent die Landesfinanzen erdrosselt. Wir werden deshalb Anzahl und Umfang der Ministerien reduzieren, Kompetenzen bei den Bezirksregierungen straffen und Gemeinden, Städte und Landkreise mehr einbinden. Wir werden alle nicht benötigten Ämter und Zwischeninstanzen abbauen und mit anderen Bundesländern dort gemeinsame Behörden einrichten, wo dies kostengünstiger ist.

Mit privatwirtschaftlichen Methoden werden wir die Effizienz der Landesverwaltung steigern. Dies schließt Privatisierung öffentlicher Aufgaben mit ein, wenn diese dadurch für die Bürger besser oder kosten-

Eine Argumentationshilfe,

die auch bundesweit

Beachtung findet

günstiger erledigt werden können. In der Privatwirtschaft wurden in den letzten Jahren umfangreiche Erfahrungen mit mehr Service und einer verbesserten Wirtschaftlichkeit gesammelt. Diesen Erkenntnissen darf sich der öffentliche Dienst nicht länger verschließen. Wir wollen, daß die Verwaltung den Bürger als Kunden und Partner ansieht, der so schnell, einfach und zielführend wie irgend möglich bedient werden muß.

Privatwirtschaftliche Ansätze werden wir zur Senkung der Verwaltungs- und Personalkosten bevorzugen. ■

Jetzt noch preiswerter!**● Einkaufs-Chip**

Wer kennt nicht das Problem – man steht an den Einkaufswagen, und die Suche nach einem Marktstück beginnt. Mit dem Einkaufs-Chip haben Sie immer die passende Münze griffbereit. Die Chips werden komplett mit den dazu passenden Chiphaltern geliefert, die Sie an jedem Schlüsselbund befestigen oder z. B. auch im Portemonnaie aufbewahren können. Jede Verpackungseinheit enthält 100 Expl. in neun verschiedenen Farben.

Bestell-Nr.: **9070**
Verpackungseinheit. 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 50,- DM

Aktionstip

Bauen Sie Ihren nächsten Canvasingstand in der Nähe eines großen Kaufhauses, Baumarktes oder z. B. in der Fußgängerzone vor Geschäften mit Chip-Einkaufswagen auf und verteilen Sie den Chip zusammen mit dem neuesten Info-Material der CDU. Über das nützliche und sehr begehrte Werbemittel wird sich jeder freuen.

● CDU-Ring-Flyer

Im Prinzip ähnlich der bereits bekannten Frisbee-Scheibe, unterscheidet sich der Ring-Flyer durch seine besondere Form (in der Mitte mit Loch). Diese neue Form verleiht dem Ring-Flyer stark verbesserte Flugeigenschaften und damit verbunden natürlich auch noch mehr Spielspaß.

Bestell-Nr.: **9156**
Verpackungseinheit. 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 27,50 DM

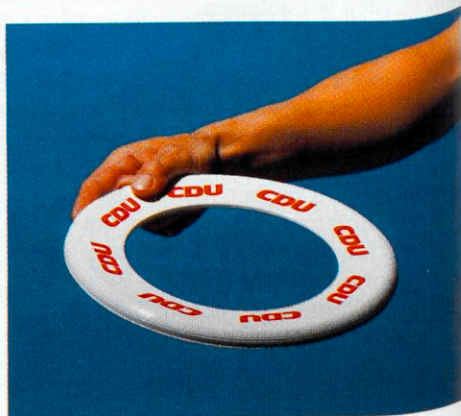


Alle Preise zzgl.
MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)



Materialien zur Aktion:

Für mehr Wachstum und Beschäftigung

Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land stehen vor der Aufgabe, den Standort Deutschland für das 21. Jahrhundert vorzubereiten. Die Bundesregierung hat zu Jahresbeginn mit dem 50-Punkte-Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze ein Gesamtkonzept beschlossen, das jetzt durch das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung zusätzlich konkretisiert und weiterentwickelt wird.



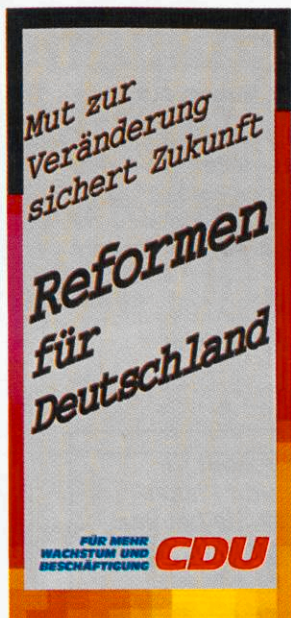
● Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung

Diese Broschüre enthält den Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit aktualisierten Erläuterungen (Stand: Juli 1996).

Bestell-Nr.: 5182

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 36,00 DM



● Reformen für Deutschland – Mut zur Veränderung

Dieses Faltblatt ist als Massenverteilungsmittel geeignet und enthält die wichtigsten Beschlüsse im Überblick.

Bestell-Nr.: 2174

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.:

22,00 DM

● Für mehr Wachstum und Beschäftigung

Der Fortdruck der UiD-Dokumentation 21/96 faßt noch einmal "Unsere Ziele und Maßnahmen" zusammen.

Bestell-Nr.: 5171

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 14,00 DM

● Rahmenflugblatt zum Eindrucken

Bestell-Nr.: 1163

Verpackungseinheit: 1 000 Expl.

Preis je 1 000 Expl.: 44,00 DM

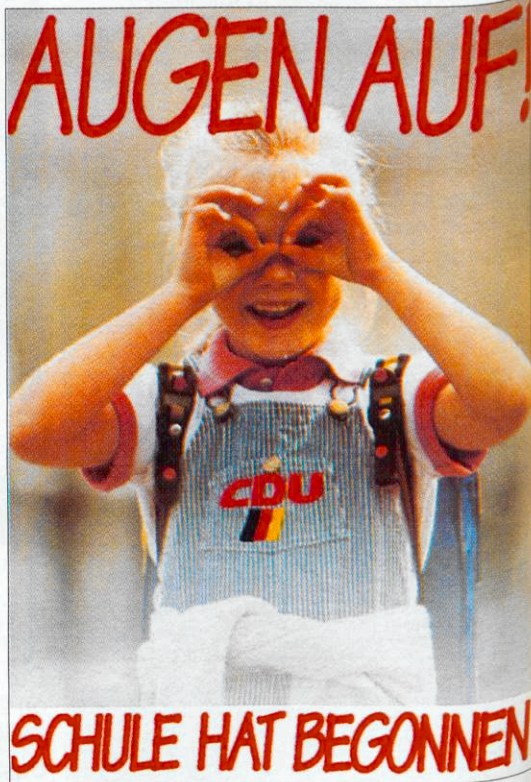
UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

● **Poster DIN A1: Augen auf**

Planen Sie bereits jetzt Ihre Aktion zum Schulanfang. Helfen Sie durch Ihre Aktion zum Schulanfang mit, die anderen Verkehrsteilnehmer zu warnen und zu besonderer Vorsicht zu veranlassen.

Prüfen Sie jetzt, ob Ihre Plakat-träger noch vollständig sind.

Das aktuelle Angebot für Mastanhänger und Plakat-ständer erhalten Sie bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Fax (02 28) 54 43 72.



Bestell-Nr.: 7441
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 36,- DM

UiD

23/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.